



Politik gegen Aussonderung
Koalition für Integration und Inklusion

Vorstand:

Prof. Dr. Anne-Dore Stein

EH Darmstadt

Zweifalltorweg 12

64293 Darmstadt

Vorstand@politik-gegen-aussonderung.net

Darmstadt, 12.03.2024

Einladung zur vierten Arbeitskonferenz (online)

**Strategiediskussion zur Einrichtung einer Enquete-Kommission Gesellschaftliche
Inklusion des Deutschen Bundestages**

Zeit: Samstag, 23.3.2024, 14.30 – 17.30 Uhr

<https://hu-berlin.zoom-x.de/j/65571643017>

Liebe Mitglieder und Interessierte,

nachdem wir drei Arbeitskonferenzen durchgeführt haben, in denen wir gemeinsam diskutiert haben, wie wir die Einrichtung einer Enquete-Kommission **Gesellschaftliche Inklusion** auf den Weg bringen können, haben wir inzwischen ein Parlamentarisches Frühstück mit Corinna Rüffer (MdB) als Schirmherrin im Reichstagsgebäude des Deutschen Bundestages durchgeführt.

Wir haben damit erste direkte Gespräche mit Abgeordneten des Bundestages geführt, um unser Anliegen der `Bewusstmachung der Verantwortung des Parlaments des Deutschen Bundestages für die **Frage nach der Umsetzung der menschenrechtlichen Forderung nach Inklusion als Gesellschaftsfrage und Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt**` zum Gegenstand zu machen. So hatte ich es ja in der letzten Einladung zur Arbeitskonferenz schon beschrieben.

In der Zwischenzeit hat auch die lange angekündigte Veranstaltung des Bundesbehindertenbeauftragten Herrn Dusel mit der Monitoringstelle in Berlin anlässlich der Veröffentlichung der Concluding Observations des UN-Fachausschusses stattgefunden. Auch dort waren wir vertreten und konnten u.a. unseren, dieser mail angehängten, Flyer im Plenum auf jedem der 500 Plätze verteilen.

Über Beides möchten wir bei der 4. Arbeitstagung berichten, aber v.a. gemeinsam diskutieren und verabreden, wie wir die jetzt erreichten Schritte verfestigen und v.a. auch durch die aktive Mitarbeit der Mitglieder vertiefen können, so dass wir das Ziele der Einsetzung einer Enquete-Kommission erreichen können.

Wir wollen auch diskutieren, wie wir weiter mit der Unterschriftenaktion auf unserer homepage weitermachen, mit dem Ziel, die Unterschriften in einer öffentlichkeitswirksamen Aktion an den Bundestag zu übergeben. Es soll dazu einen weiteren Aufruf geben.

Wir freuen uns über eine rege Beteiligung an unserem Arbeitstreffen!

Mit freundlichem Gruß

Anne-Dore Stein (Vorsitzende)

Für neu Interessierte: Zur Einordnung des Vorhabens:

Der Name des Vereins: **Politik gegen Aussonderung** – Koalition für Integration und Inklusion, erfährt derzeit nochmals eine Bestätigung in seiner Ausrichtung und Ursprungsidee der Repolitisierung der Diskussion um Integration und Inklusion:

Es geht uns um die Identifizierung und Überwindung ausgrenzender (Gesellschafts-) Strukturen – dies über Aufklärung im eigentlichen Sinne und durch den darüber herzustellenden **Widerstreit** im gesellschaftlichen Diskurs, Widerstreit im Sinne des französischen Philosophen Lyotards, der sich mit diesem Begriff mit der Bedeutung von Gesellschaftsfragen auseinandergesetzt hatte, die gerade als solche NICHT im gesellschaftlichen Diskurs wahrgenommen werden. So wird auch die Frage der Teilhabe behinderter Menschen noch immer im Wesentlichen als **‘Herausforderung/Problem’** von dafür ausgebildeten Fachleuten gesehen und eben NICHT als **Frage an das demokratische Selbstverständnis einer Gesellschaft**.

Das **‘Recht, Rechte zu haben’** (Arendt) wird – wie vom UN-Fachausschuss zur Umsetzung des UN-Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen aktuell wieder herausgestellt – besonders dieser Personengruppe in vielen Bereichen individuellen, sozialen und gesellschaftlichen Lebens in besonders hohem Maße vorenthalten.

Strukturelle Ausgrenzung in Sonderwelten, unzureichende Unterstützungsstrukturen in regulären Lern-, Arbeits- und Lebenszusammenhängen sind historisch und aktuell nach wie vor in hohem Masse die gesellschaftliche **‘Antwort’** auf biologische, psychische und/oder soziale, sozio-ökonomische Beeinträchtigungen und Benachteiligungen von in unterschiedlichster Weise hiervon betroffenen Menschengruppen. Zunehmende gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (Heitmeyer/Zick) als **‘Gesellschafts-‘Klima’** führen zum Gegenteil dessen, was Oskar Negt mit einem **‘friedensfähigen Gemeinwesen’** benannt hat.

Diesen Zusammenhang als **Frage der politischen Verantwortung des Parlaments** zum Gegenstand zu machen und damit dazu beizutragen, haltende Strukturen für ein demokratisches Gemeinwesen gegen allgegenwärtige gesellschaftliche Ausgrenzung zu errichten, ist das Ziel des Vorhabens, Parlamentarier*innen für die Unterstützung dieses Prozesses durch die Einrichtung einer Enquete-Kommission Gesellschaftliche Inklusion zu gewinnen.